

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 42 (1963)
Heft: 3

Artikel: Innenpolitik ohne Begeisterung?
Autor: Aeschbach, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337446>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 14.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

die Taktik Wehners auf. Es war nicht zuletzt diese «Revolte» innerhalb der Partei, die zum Scheitern der Koalitionsverhandlungen führte.

Die verschiedenen Kommunalwahlen des vergangenen Jahres und die Bundestagswahlen von 1961 haben gezeigt, daß die SPD ständig an politischem Boden gewinnt. Ihre ideologische und ihre wahlmäßige Basis ist breiter geworden. Aus den Trümmern der dogmatischen Vorkriegs-SPD ist eine undogmatische, vielleicht auch etwas pragmatische Massenpartei herausgewachsen, die längst nicht mehr eine reine Arbeiterpartei darstellt, sondern über berufliche und standesmäßige Schranken hinweg in der Bevölkerung verwurzelt ist. Die SPD ist aus dem Bild der heutigen deutschen Gesellschaft nicht wegzudenken! Im Laufe der Jahrzehnte haben sich die Methoden und Programme des Sozialismus gewandelt, der revolutionäre Glanz, von dem die SPD zu den Zeiten eines Bebel, eines Kautsky und eines Wilhelm Liebknecht umgeben war, ist – man mag es vielleicht bedauern – verblaßt und hat nüchternen soziologischen und ökonomischen Überlegungen Platz gemacht, doch das letzte und höchste Ziel des Sozialismus ist das gleiche geblieben: *Freiheit in einer menschlichen Welt!*

KARL AESCHBACH

Innenpolitik ohne Begeisterung?

Kritische Betrachtungen in einem Wahljahr

Die Nationalratswahlen sind in Sichtweite, überdies ist 1963 in manchen Kantonen, so z. B. in Zürich, ein Wahljahr. Und trotzdem ja politische Erdbeben in unserem Lande kaum vorkommen und im Zeitalter der zunehmenden Angleichung der gedruckten Parteiprogramme der Kampf um den Wähler an Spannung und Intensität zusehends verliert, sind einige kritische Betrachtungen im Vorfelde dieser Wahlen am Platze. Es gilt zu fragen, welches die traditionellen und die möglichen neuen Wählerschichten der Sozialdemokratie sind, wie sich die Innenpolitik der letzten vier Jahre auswirken wird, und aus diesen Fragen muß zuletzt die Stellung und Bedeutung der Sozialdemokratie in der heutigen Wohlstandsgesellschaft erhellen.

Die Hochkonjunktur als Gefahr?

Um diesen ersten Punkt vorwegzunehmen: Man wird sich nicht weiterhin, wie dies in den letzten Jahren ausreichend praktiziert wurde, auf die für die Sozialdemokratie ungünstigen Auswirkungen der Hochkonjunktur

berufen können. Ich habe mich als Angehöriger der jungen «skeptischen» Generation immer gegen das fatale Argument gewendet, daß es uns «zu gut gehe». Dieses Argument einer vor Jahrzehnten im marxistischen Geiste erzogenen Funktionärgeneration zeugt von einer Starre des Geistes, der nicht mehr umzudenken vermag und im buchstäblichen Sinne seiner Zeit nicht mehr nachkommt. Nicht gegen Marx, dessen Einfluß auf die moderne Nationalökonomie und darüber hinaus auf Soziologie und Geschichtsbetrachtung unbestreitbar ist, wendet sich diese Kritik, sondern gegen jene seiner Jünger, die sich nicht aus überlieferten Denkschemata zu befreien vermögen. Wie kläglich müßte unsere Politik sein, wenn sie allein aus wirtschaftlicher Krise und Not lebensfähig wäre!

«Linke» Politik entspringt vielmehr einer *geistigen Haltung*, die sich mit den Begriffen der Befreiung der Unterdrückten, des Kampfes gegen jede Ausbeutung und der kritischen Wachsamkeit gegenüber jeder undemokratischen Machtzusammenballung umschreiben läßt. Zwar möchte man meinen, daß der gute Gang der Wirtschaft unsere sozialen Postulate überholt und die Epoche des Kampfes abgeschlossen habe. Indessen ist die Solidarität mit dem Schwächeren ein Kapitel, das sich nie abschließen läßt. Es wird immer und überall Konflikte zwischen oberen und unteren Schichten der Völker geben, und der Platz des «linken» Menschen wird allemal auf der Seite des Schwächeren sein. *Die Befreiung der Unterdrückten ist mit der Behebung der größten materiellen Not noch keineswegs abgeschlossen, sie muß vielmehr ihre Fortsetzung in der Förderung der freien geistigen und kulturellen Entfaltung eines jeden einzelnen finden.* Wo es auf diesem Wege noch Schranken gibt, und es gibt sie noch mannigfach, da muß unser Bestreben auf die Beseitigung dieser Schranken gerichtet sein.

Daß die Hochkonjunktur eine Gefahr, und sei es auch nur eine wahltaktische, für die Verwirklichung sozialdemokratischer Politik bedeute, ist darum unannehmbar. Im Gegenteil hat der wirtschaftliche Aufstieg auf vielen Gebieten erst die Voraussetzungen zur staatsbürgerlichen und kulturellen Befreiung der Arbeiter geschaffen. Wenn die Sozialdemokratie in unserer heutigen Gesellschaft Bestand haben soll, dann muß sie die gute Konjunktur zum bewußten Ausgangspunkt ihres weiteren Handelns machen.

Wer wählt sozialdemokratisch?

Daß die geistige Selbstbeschränkung auf das bereits Erreichte wohl die wichtigste Gefahr bildet, zeigen auch die stagnierenden Ergebnisse der Wahlstatistik. Die Sozialdemokratische Partei vermag je nach Umständen zwischen 25 und 35 Prozent der Wähler um sich zu scharen. Sie ist damit auch statistisch auf die Rolle der Opposition festgelegt, die zum Teil ein Wesenselement sozialdemokratischer Politik ist.

Der größte Teil dieser Wählerschaft ist zweifellos der traditionell sozialdemokratische Teil der Arbeiterschaft. Aber der Anteil dieser Wählergruppe an der Gesamtbevölkerung nimmt laufend ab, es ist bereits, eine wesentliche Verlagerung in der Struktur der Arbeitnehmerschichten eingetreten. Wenn die Sozialdemokratie ihre Stellung auch nur halten will, muß sie einen entsprechend großen Teil der Angestelltenschaft ebenfalls für sich gewinnen. Das ist bislang auch recht gut gelungen, soweit es sich um die «arbeitsnahen» Schichten der Angestellten handelt, doch bei dem sehr rasch fortschreitenden Strukturwandel ist auf den Erfolg dieser Werbung kein dauerhafter Verlaß.

Jedenfalls müssen wir uns mit dem Befund abfinden, daß sich die Wählerschaft der Sozialdemokratie im wesentlichen auf jene Schichten der organisierten Arbeitnehmer beschränkt, die dem sozialen Appell der *herkömmlichen Arbeiter- und Angestelltenpolitik* folgen. Der Weg von der Arbeiter- zur Volkspartei, den die deutsche Sozialdemokratie in den letzten zwei bis drei Jahren – unter ihrem Kanzlerkandidaten Willy Brandt – in sehr kurzer Zeit mit erstaunlichem Erfolg beschritten hat, steht bis heute in der Schweiz erst auf dem Papier. Gewiß sind die Verhältnisse des geteilten Deutschland oder die Ausnahmestellung des bedrohten Berlin nicht einfach auf unsere Verhältnisse zu übertragen. Aber der allgemeine Trend, der Wahlen immer mehr von Partei- und Programmplebisziten zu Persönlichkeitsplebisziten stempelt, hat in der schweizerischen sozialdemokratischen Innenpolitik noch kaum Beachtung gefunden. Die Auffassung, daß der Wähler nicht so sehr über Kandidaten als über Parteien abstimme, ist noch fest verankert in unseren Wahlüberlegungen, aber lange nicht mehr im gleichen Maße beim Wähler. Die altüberlieferte Art und Weise, in der sozialdemokratische Wahllisten zusammengestellt werden, bedeutet mehr und mehr ein Handicap vor allem in der Werbung um die Jungwähler.

Unbestellte Äcker

Die vorhandenen Möglichkeiten zur Ausweitung der sozialdemokratischen Wählerschaft werden nicht konsequent verfolgt, weil neue Ideen in den Maschen eines überalterten Parteiapparates hängenbleiben, oder weil sich die Stammwählerschaft oft gerade in den brennendsten Zeitfragen, wie der Bodenspekulation und der Wohnungsnot *desinteressiert, weil sie selber auf dem trockenen sitzt*. Wo aber die Solidarität lahm und welk wird, kann es keine kraftvolle linke Politik mehr geben.

Es wird immer offensichtlicher, daß einerseits vieles in der organisierten Verbands- und Parteipolitik zum Leerlauf geworden ist, während andererseits große und wichtige Zeitfragen, die über diese Routine der Tagespolitik hinausreichen, *unbearbeitet bleiben*. Ein solches immenses Gebiet ist die

Kulturpolitik, die der Linken zweifellos gute und neue Kräfte zuführen könnte. Zwar ist die Forderung nach Stipendien zum Programmpunkt geworden, aber über den Ausbau der Mittelschulen und der Universitäten und die schwierigen Probleme des Lehrer- und Dozentenmangels auf allen Stufen ist der Wähler kaum informiert. Er mag zur Not noch einiges über die Verhältnisse im eigenen Kanton wissen, doch greifen die Einzugsgebiete ja meist über die Kantone hinaus. Wenn man die großen Mittel bedenkt, die in den nächsten zwei Jahrzehnten auf dem Sektor Bildung investiert werden müssen – es dürften für die ganze Schweiz mehrere Milliarden Franken sein –, so ergibt sich ein nationales Programm, das jenes der Nationalstraßen an Bedeutung weit übertrifft.

Die Sozialdemokratie in der Wohlstandsgesellschaft

Die Frage nach dem Platz der Sozialdemokratie in der modernen Gesellschaft ist nicht mehr so eindeutig zu beantworten wie vor 30 oder 50 Jahren. Damals bildete sie eindeutig die Vertretung der unteren Volksschichten, die um ihren sozialen und kulturellen Aufstieg rangen. Ihr kam die Rolle der kämpferischen Opposition zu, die durch ihre Geschlossenheit und Solidarität vieles erreichte.

Betrachtet man die heutige Sozialdemokratie, so vertritt sie nach wie vor die unteren Schichten, aber längst nicht mehr in geschlossenen Reihen. Daß die Solidarität verblaßte, ist nicht die Schuld der Hochkonjunktur, sondern ist vielmehr der Ausdruck begreiflicher menschlicher Schwäche. Der Traum vom «neuen Menschen» (Friedrich Adler) ist ausgeträumt; der Sozialismus kann allenfalls die «Verhältnisse» (von denen Brecht sagt, daß sie «nicht so» seien) bessern, aber nicht den Menschen. Wir haben uns dieser nüchternen Erkenntnis nicht zu schämen; es ist längst eine allgemeine Tatsache, daß die politischen Parteien nicht mehr durch Solidarität, sondern durch Interessen zusammengehalten werden. Das besagt auch durchaus nicht, daß die Ideale von ehemals falsch oder nichtig seien, aber es gilt, die alten Ziele in einer *Atmosphäre der ernüchterten sachlichen Tagespolitik* zu erreichen. Daraus folgt indessen, daß die Sozialdemokratie auch nicht mehr die Rolle der kämpferischen Opposition einnehmen kann, daß sie vielmehr danach trachten muß, sich mit fortschrittlichen Kräften in andern Parteien von Fall zu Fall zur Erreichung einer Mehrheit zu verbünden.

Die Frage nach dem Platz, der der Sozialdemokratie in der heutigen Wohlstandsgesellschaft zukommt, läßt sich darum nicht mehr einfach nach althergebrachten Überlegungen beantworten. Entscheidend ist letzten Endes nicht so sehr die Strukturverschiebung innerhalb der Arbeitnehmerschaft; man kann Stellung und Bedeutung der Sozialdemokratie nicht mehr einfach auf Grund einiger Prozentzahlen berechnen.

Die Frage ist nur dahin zu beantworten, daß die Sozialdemokratie jenen Platz in der Gesellschaft einnimmt, den sie sich als moderne Partei zu erkämpfen weiß. Dazu gehört in erster Linie die Rückgewinnung des Gesetzes des Handelns. In allen Fragen von nationaler Bedeutung muß eine moderne, gut dokumentierte politische Planung einsetzen, die jederzeit die nötigen Grundlagen zu publizistischen und politischen Vorstößen liefern kann. Modernes Management ersetzt zwar die Politik nicht, aber es verhindert Versäumnisse und wird zum unentbehrlichen Hilfsmittel, wenn man bedenkt, daß die bürgerliche Seite immer öfters private Reklamebüros mit ihren Propagandafeldzügen beauftragt. Die Schweiz kennt bisher die Einrichtung des «Gehirntrusts» nicht, wie ihn etwa Kennedys zahlreiche wissenschaftliche Berater oder das englische Schattenkabinett der Labourparty darstellen. Aber zweifellos wird auch bei uns eine moderne Partei sich ein Führungsorgan dieser Art schaffen müssen – eine Führungsspitze, die von der Routine der Tagespolitik frei ist und dafür besorgt ist, daß die bedeutenden Zeitfragen laufend bearbeitet und in rechtzeitige politische Initiativen umgemünzt werden. Ein Führungsorgan dieser Art bedeutet weder einen Luxus noch eine Desavouierung der heutigen Parteiführung, die dadurch entlastet würde. Aber es ist höchste Zeit, die Prinzipien der Arbeitsteilung und modernen Organisation auch in der Politik einzuführen. Daß ein solcher «Gehirntrust» sich nicht von der laufenden Politik abschließen, sondern vielmehr aufgreifen soll, was «in der Luft liegt», braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Doch diese organisatorischen Überlegungen nur nebenbei; die Hauptsache bleibt die Korrektur bisheriger Versäumnisse durch einen neuen, initiativeren innenpolitischen Stil. Die eben lancierte *Bodenrechtsinitiative* bildet dazu einen guten Auftakt: ihre Durchsetzung wird für breite Massen einen *Testfall sozialdemokratischer Politik* bilden. Wenn es der Sozialdemokratie gelingt, das Gesetz des Handelns wieder an sich zu reißen und mit wohlüberlegten Vorstößen eine Politik der Vernunft und des Gemeinwohls für die breiten Massen erfolgreich zu gestalten, dann braucht es uns auch um die künftige Stellung der Linken in der Wohlstandsgesellschaft nicht bange zu sein. Es hängt in erster Linie von uns selber ab, wieweit wir diese Gesellschaft nicht nur in sozialer, sondern auch in kultureller Hinsicht für alle erschließen können.